



Die Bergstadt ist klamm: Die Steuereinnahmen sinken, die Ausgaben für Pflichtaufgaben bleiben, daher ist der neue Löwensteiner Haushalt 2021 nicht ausgeglichen.

Foto: Gustav Döttling

Von Gustav Döttling

Stadtfinanzen bereiten Sorgen – Sparen angesagt

LÖWENSTEIN Fraktionen äußern sich zum Haushaltsplan – Steuern und Gebühren bleiben unverändert

Anträge

Drei Anträge der **Unabhängigen Bürger** fanden Eingang in den Haushaltsplan. Für die Beleuchtung des Wegs Rittelhof – Neue Gärten sind 5500 Euro eingestellt. Die Erneuerung des ehemaligen Brunnens in Hirrweiler kostet 10000 Euro. 5000 Euro gibt es für die Ausstattung von zehn Haltestellen mit Mülleimern. do

So groß ist das Haushaltsloch im Löwensteiner Ergebnishaushalt 2021: 1,16 Millionen Euro. Im Finanzhaushalt stehen Einnahmen von 6,8 Millionen Euro Auszahlungen von 7,5 Millionen gegenüber. Um dieses Loch im Finanzhaushalt auszugleichen, ist eine Kreditaufnahme notwendig. Trotzdem bleiben die Hebesätze der Realsteuern und viele Gebühren unverändert. Der Gemeinderat verabschiedete das nicht ausgeglichene Zahlenwerk einstimmig. „Ursächlich ist die desolante Wirtschaftslage“, erläuterte Kämmerin Lena Wimmer. Die Stadt verzeichne einen Rückgang bei den Anteilen an der Einkommenssteuer, den Schlüsselzuweisungen und beim Anteil an der Umsatzsteuer. „Wir müssen von den Rücklagen verspern und einen Kredit aufnehmen, um unsere Investitionen zu stemmen“, erklärte Lena Wimmer.

Die größte Investition ist mit 230000 Euro die Kanalsanierung in Reisach. 200000 Euro stehen für die Sanierung der Gemeindestraßen bereit. 154000 Euro beträgt der Anteil der Stadt an der Sanierung der Michael-Beheim-Gemeinschaftsschule in Obersulm.

Für den Bürgerentscheid am

14. März waren sich alle Fraktions-sprecher einig, dass die Erschließung des Baugebiets Käppelesfeld-West für die Finanzen wichtig sei.

Unabhängige Bürger Stadtrat Andreas Stiefel und seine beiden Kollegen von der kleinsten Fraktion „Unabhängige Bürger“ haben intensiv in den neuen Haushalt geblickt. „Wenn wir 900000 Euro Schulden aufnehmen, betragen der Schuldenstand der Stadt am Jahresende drei Millionen Euro und die Pro-Kopf-Verschuldung 850 Euro“, stellte Stiefel fest. Der Landkreisdurchschnitt liege bei 527 Euro. Ende 2024 betrage der Schuldenstand dann fünf Millionen Euro.

Neben knapp einer Million Ausgaben für Pflichtaufgaben gebe es noch einige Punkte mit Kosten von rund 30000 Euro, die manche als

„Nice to have“ bezeichnen. „Wir sind froh, dass drei der Maßnahmen, für die wir als Fraktion Haushaltsmittel angemeldet haben, im Haushaltsplan stehen“, sagte Stiefel. Weil nach den Recherchen seiner Fraktion in den Kindertageseinrichtungen 3,5 Stellen mehr ausgewiesen sind, als es der Mindestpersonalschlüssel vorsehe, forderte er die Stadt auf, dies bei künftigen Neueinstellungen zu prüfen.

„Mehr Einwohner bedeuten auch mehr Einnahmen für die Stadt“, sprach sich Stiefel für das Käppelesfeld-West aus. „Alle Entgelte für öffentliche Leistungen, wie Gebühren für Kindergärten oder für die Nutzung städtischer Einrichtungen müssten 2021 auf den Prüfstand. Die Vereinsförderrichtlinie sei unfair, sie begünstige nur wenige der 17 Vereine der Stadt. Unter dem Motto

„Kleinvieh macht auch Mist“ müsse man sich das Thema Zweitwohnsitzsteuer genauer ansehen. Stiefel und seine Fraktion schlagen die Einführung einer Kurtaxe vor. Die Stadt sei staatlich anerkannter Erholungsort. Allein der Campingpark werbe mit 100000 Besuchern im Jahr.

Freie Wähler Löwenstein 2020

„Mittlerweile ist es schon Tradition geworden, dass wir einen ausgesprochen schlanken Haushalt beschließen“, meinte Harald Koppenhöfer, Fraktionssprecher der Freien Wähler Löwenstein 2020.

Der Stadtrat ist wie Beate Mende von der Fraktion Offenes Forum Löwenstein der Meinung, dass die im Haushaltsplan überwiegenden Pflichtaufgaben die Entwicklungsmöglichkeiten des Bergstädtchens stark einschränken. Koppenhöfer

lobt, dass es im vergangenen Jahr gelungen sei, eine absolute Haushaltsdisziplin zu wahren. Diesem Umstand und einem eisernen Sparwillen verdanke man, dass keine Grund- und Gewerbesteuererhöhung vorgesehen sei. „Die Schrauben auf der Ausgabenseite sind am Ende des Gewindes angelangt.“

Offenes Forum Beate Mende sieht

wenig bis keinen Spielraum für freiwillige Aufgaben. Sie hält es für nötig, größere Summen bereitzustellen, um die Qualität der Schulen und Kindergärten zu gewährleisten. „Das müssen uns unsere Kinder und ihre Zukunft wert sein“, erklärte Beate Mende mit Blick auf den wachsenden Bedarf an Kindergarten- und Krippenplätzen. Die Stadt müsse zudem ihre Bestandsgebäude sukzessive modernisieren.